

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XVIII
Einleitung .....	1

### *Erster Teil*

#### **Der europarechtliche Kontext**

<b>I. Bedeutung nicht wirtschaftsfördernder EU-Subventionen .....</b>	<b>4</b>
<b>II. Bedürfnis nach strafrechtlichem Schutz für EU-Subventionen .....</b>	<b>6</b>
<b>III. Möglichkeiten der EU zur Harmonisierung des Strafrechts .....</b>	<b>8</b>
A. Handlungsmöglichkeiten vor Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon .....	9
1. Kompetenzordnung der EU .....	9
2. Kompetenzen aus dem EG-Vertrag .....	10
3. Kompetenzen aus der dritten Säule .....	13
B. Handlungsmöglichkeiten auf der Grundlage des Vertrags von Lissabon .....	14
C. Zusammenfassung .....	16
<b>IV. Europarechtliche Vorgaben für das materielle Recht .....</b>	<b>17</b>
A. Bemühungen der EU zur Harmonisierung des strafrechtlichen Schutzes .....	17
B. Übereinkommen zum Schutz der finanziellen Interessen der EG .....	19
1. Einordnung des Übereinkommens in das Spektrum von Harmonisierungsmaßnahmen .....	19
a) Übereinkommen als Handlungsinstrument der gouvernementalen Zusammenarbeit .....	19
b) Auswirkungen des möglichen Heranziehens einer falschen Rechtsgrundlage .....	20
c) Zusammenfassung .....	22
2. Konkrete Vorgaben des Übereinkommens .....	23
a) Die drei Begehungsvarianten des Grundtatbestands .....	24
b) Anknüpfen an EU-Mittel und das Erfordernis eines tatbestandlichen Erfolgs .....	24
c) Vorgaben hinsichtlich der subjektiven Tatseite .....	25
d) Vorgaben in Bezug auf Vorbereitungs- und Unterstützungs- handlungen .....	28
C. Vorgaben aus Art. 325 Abs. 2 AEUV (ex Art. 280 Abs. 2 EG).....	29
D. Zwischenergebnis .....	30

*Zweiter Teil***Deutschland**

<b>I. Reichweite des strafrechtlichen Schutzes nicht wirtschaftsfördernder EU-Subventionen</b> .....	31
A. Schutz durch den Tatbestand des Subventionsbetrugs (§ 264 dStGB) .....	31
1. Einbeziehung nicht wirtschaftsfördernder EU-Subventionen in den Schutzbereich der Norm .....	32
2. Reichweite der objektiven Tatseite .....	33
a) Verzicht auf das Erfordernis eines tatbestandlichen Erfolgs .....	33
b) Erfordernis der Subventionserheblichkeit von Tatsachen und die Einbeziehung von EU-Vertragssubventionen .....	36
c) Zwischenergebnis .....	38
3. Reichweite der subjektiven Tatseite .....	39
a) Begriff der Leichtfertigkeit im Allgemeinen .....	40
aa) Einordnung der Leichtfertigkeit .....	40
(1) Leichtfertigkeit als Merkmal des subjektiven Tatbestands .....	40
(2) Leichtfertigkeit im System von Vorsatz und Fahrlässigkeit .....	41
bb) Inhaltliche Bestimmung der Leichtfertigkeit als grobe Fahrlässigkeit .....	44
(1) Leichtfertigkeit als graduell gesteigerte Fahrlässigkeit ....	44
(2) Maßgaben an eine graduell gesteigerte Fahrlässigkeit ...	45
(a) Bedürfnis nach gesteigertem Unrecht und gesteigerter Schuld .....	45
(b) Anforderungen an einen gesteigerten Unrechtstatbestand .....	46
(aa) Ausgangspunkt der Bestimmung gesteigerter Fahrlässigkeit .....	46
(bb) Gegenstand der gesteigerten Sorgfaltspflichtverletzung .....	48
(cc) Maß an erwarteter Sorgfalt .....	49
(dd) Zwischenergebnis .....	52
(c) Anforderungen an den gesteigerten Schuld-tatbestand .....	52
b) Merkmal der Leichtfertigkeit in § 264 Abs. 4 dStGB .....	53
aa) Situation des isoliert handelnden (potentiellen) Subventionsnehmers .....	54
(1) Verhaltenspflichten im Rahmen eines Subventionsverfahrens .....	54
(2) Maß an zu erbringender Sorgfalt .....	55
(a) Wert der Subvention .....	55
(b) Stellung der Person im Subventionsverfahren .....	56
(c) Ausrichtung der Tätigkeiten und vorhandene Erfahrungswerte .....	56

(d) Ausgestaltung des Subventionsverfahrens .....	57
(e) Zwischenergebnis .....	59
(3) Sorgfaltspflichten bei Beantragung und Verwaltung nicht wirtschaftsfördernder EU-Subventionen .....	60
bb) Situation des arbeitsteiligen Zusammenwirkens .....	61
(1) Vertikale Arbeitsteilung .....	62
(2) Horizontale Arbeitsteilung .....	63
(3) Arbeitsteilung bei Beantragung und Verwaltung nicht wirtschaftsfördernder EU-Subventionen .....	64
cc) Zusammenfassung .....	65
c) Zwischenergebnis .....	66
3. Zwischenergebnis .....	66
B. Schutz durch den allgemeinen Betrugstatbestand (§ 263 dStGB) .....	67
1. Einbeziehung nicht wirtschaftsfördernder EU-Subventionen in den Schutzbereich der Norm .....	67
a) EU-Mittel als von § 263 dStGB geschütztes Vermögen .....	67
b) Annahme eines Vermögensschadens bei Subventionsgeldern .....	68
2. Reichweite der objektiven Tatseite .....	69
3. Reichweite der subjektiven Tatseite .....	71
4. Zwischenergebnis .....	72
C. Schutz durch den Tatbestand des Computerbetrugs (§ 263a dStGB) .....	73
1. Einbeziehung nicht wirtschaftsfördernder EU-Subventionen in den Schutzbereich der Norm .....	73
2. Reichweite der objektiven Tatseite .....	73
3. Reichweite der subjektiven Tatseite .....	74
4. Zwischenergebnis .....	74
D. Sonstige Normen zum Schutz von EU-Subventionen .....	75
E. Zwischenergebnis .....	75
<b>II. Legitimation des strafrechtlichen Schutzes .....</b>	<b>76</b>
A. Materielle Grenzen des Strafrechts .....	76
1. Verfassungsrechtliche Grenzen des Strafrechts .....	76
a) Grenzen aus dem Gesetzlichkeitsprinzip .....	76
b) Grenzen aus dem Verhältnismäßigkeitsprinzip .....	78
aa) Von Strafnormen beeinträchtigte Grundrechte .....	78
(1) Entwicklung der Rechtsprechung des BVerfG .....	79
(2) Zum abwehrrechtlichen Prüfungsmaßstab .....	81
bb) Maßgaben des Verhältnismäßigkeitsprinzips .....	84
cc) Kritik an der Grenzziehung durch den Verhältnis- mäßigkeitsgrundsatz .....	87
c) Grenzen aus dem Schuldprinzip .....	88
2. Konkretisierung der verfassungsrechtlichen Grenzen durch die Strafrechtswissenschaft .....	90
a) Rechtsgutstheorie .....	90

b)	Ultima ratio-Prinzip .....	94
c)	Begriff der Sozialschädlichkeit .....	95
d)	Strafwürdigkeit und Strafbedürftigkeit .....	96
e)	Zum fragmentarischen Charakter des Strafrechts .....	97
3.	Schlussfolgerungen .....	98
B.	Landesimmanente Kritik am strafrechtlichen Schutz von Subventionen .....	99
1.	Begriff der Verdachtsstrafe .....	99
a)	Historischer Ausgangspunkt .....	99
b)	Beweiserleichterungen als moderne Verdachtsstrafen .....	100
c)	Beweiserleichternde Funktion der Ausgestaltung von § 264 Abs. 1, 4 dStGB .....	101
aa)	Objektive Tatseite .....	102
(1)	Schwierigkeiten um den Nachweis von Irrtum und Schaden .....	102
(2)	Erleichterte Beweisbarkeit eines abstrakten Gefährungsdelikts .....	102
bb)	Subjektive Tatseite .....	103
(1)	Problematik um den Nachweis des Vorsatzes im Strafrecht .....	103
(2)	Besondere Problematik im Wirtschaftsstrafrecht und insbesondere beim Subventionsbetrug .....	105
(3)	Erleichterte Beweisbarkeit der Leichtfertigkeit .....	107
cc)	Zusammenwirken von dem Verzicht auf ein Erfolgs- erfordernis und der Einführung der Leichtfertigkeit .....	108
dd)	Zwischenergebnis .....	109
2.	Verfassungswidrigkeit von Verdachtsstrafen .....	110
a)	Verdachtsstrafen und das Schuldprinzip .....	110
b)	Unverhältnismäßigkeit von Verdachtsstrafen .....	112
aa)	Der verfassungswidrige Zweck von Verdachtsstrafen .....	113
bb)	Ungeeignetheit von Verdachtsstrafen .....	113
cc)	Unverhältnismäßigkeit im engeren Sinne .....	114
c)	Zwischenergebnis .....	114
3.	Debatte um den Unwertgehalt des § 264 Abs. 1, 4 dStGB .....	115
a)	In der Ausgestaltung angelegtes Legitimationsbedürfnis .....	116
aa)	Objektive Tatseite – Vorverlagerung des strafrechtlichen Schutzes? .....	117
bb)	Subjektive Tatseite – Verlagerung des Schuldvorwurfs .....	120
cc)	Kombination des Verzichts auf ein Erfolgserfordernis mit der Bestrafung von Leichtfertigkeit .....	122
dd)	Erweiterung auf nicht wirtschaftsfördernde EU-Subventionen .....	123
b)	Legitimationsansätze zu § 264 Abs. 1, 4 dStGB .....	124
aa)	Legitimität des Verzichts auf ein Erfolgserfordernis .....	124
(1)	§ 264 dStGB als Vermögensgefährungsdelikts .....	124
(a)	Vermögen als Rechtsgut des § 264 dStGB .....	125

(b)	Besonderer Wert des öffentlichen Vermögens .....	127
(c)	Besondere Gefährdung öffentlichen Vermögens im Rahmen von Subventionsverfahren .....	129
(d)	Besonderes Schadensausmaß im Rahmen von Subventionsbetrug .....	129
(e)	Zwischenergebnis .....	130
(2)	Legitimation durch Bezugnahme auf ein überindividuelles Rechtsgut .....	130
(a)	Existenz eines überindividuellen Rechtsguts .....	131
(b)	Hoher Rang bzw. Natur des überindividuellen Rechtsguts .....	137
(c)	Besondere Sozialschädlichkeit des Verhaltens und besondere Schutzbedürftigkeit des Subventionsgebers .....	138
(d)	Betonung des Akt- bzw. Handlungsunwerts der Verhaltensweise .....	138
(e)	Subventionsbetrug als Kumulationsdelikt .....	141
(f)	Zwischenergebnis .....	144
bb)	Legitimität der Reichweite des subjektiven Tatbestands .....	145
(1)	Besondere Verantwortung bzw. Sonderpflichten des Subventionsnehmers .....	146
(2)	Einbeziehung in die Erfüllung staatlicher Aufgaben ....	147
(3)	Einordnung der Verhaltensweise als Berufs- fahrlässigkeit .....	148
(4)	Bedeutung des geschützten Rechtsguts .....	148
cc)	Kombination des Verzichts auf ein Erfolgserfordernis mit der Einführung der Leichtfertigkeitsstrafe .....	149
dd)	Erweiterung auf nicht wirtschaftsfördernde EU-Subventionen .....	150
4.	Zusammenfassung .....	151

*Dritter Teil*

**Österreich**

<b>I.</b>	<b>Reichweite des strafrechtlichen Schutzes nicht wirtschaftsfördernder EU-Subventionen .....</b>	<b>152</b>
A.	Schutz durch den Betrugstatbestand (§ 146 öStGB) .....	152
1.	Einbeziehung nicht wirtschaftsfördernder EU-Subventionen in den Schutzbereich der Norm .....	152
a)	Erstreckung des Rechtsguts Vermögen auf EU-Mittel .....	153
b)	Annahme eines Vermögensschadens beim deliktischen Erlangen von Subventionen .....	153
2.	Reichweite der objektiven Tatseite .....	153
a)	Ausgestaltung als Erfolgsdelikt .....	154
b)	Merkmal der Täuschung im Behörden- und Prozessbetrug .....	155

c)	Begehung durch Unterlassen .....	157
d)	Zwischenergebnis .....	158
3.	Subjektive Tatseite .....	159
a)	Begriff des Vorsatzes im Allgemeinen .....	159
b)	Allgemeiner Tatbestandsvorsatz und Bereicherungsvorsatz in § 146 öStGB .....	159
c)	Stellungnahme zur Europarechtskonformität des subjektiven Tatbestands .....	161
4.	Zwischenergebnis .....	162
B.	Schutz durch den Tatbestand des Computerbetrugs (§ 148a öStGB) .....	162
1.	Einbeziehung nicht wirtschaftsfördernder EU-Subventionen in den Schutzbereich der Norm .....	162
2.	Reichweite der objektiven Tatseite .....	163
3.	Subjektive Tatseite .....	163
4.	Zwischenergebnis .....	164
C.	Schutz durch den Tatbestand des Förderungsmissbrauchs (§ 153b öStGB) ....	164
1.	Einbeziehung nicht wirtschaftsfördernder EU-Subventionen in den Schutzbereich der Norm .....	164
2.	Reichweite der objektiven Tatseite .....	166
a)	Ausgestaltung als Begehungsdelikt .....	166
b)	Neutrale Verwahrungshandlungen .....	167
aa)	Zur engen Auslegung des § 153b öStGB in der Literatur .....	167
bb)	Stellungnahme .....	167
c)	Begehung durch Unterlassen .....	169
aa)	Möglichkeiten einer Verwirklichung des Delikts durch Unterlassen .....	170
bb)	Innerstaatliche Bewertung der fehlenden Möglichkeit einer Unterlassungstäterschaft .....	170
cc)	Stellungnahme .....	171
d)	Zwischenergebnis .....	172
3.	Subjektive Tatseite .....	172
4.	Zwischenergebnis .....	173
D.	Sonstige Normen zum Schutz von EU-Subventionen .....	173
E.	Zwischenergebnis .....	173
<b>II.</b>	<b>Legitimation des strafrechtlichen Schutzes .....</b>	<b>174</b>
A.	Materielle Grenzen des Strafrechts .....	174
1.	Verfassungsrechtliche Grenzen des Strafrechts .....	174
a)	Grenzen aus dem Legalitätsprinzip .....	175
b)	Grenzen aus dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	176
aa)	Von Strafnormen beeinträchtigte Grundrechte .....	177
bb)	Maßgaben des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes .....	180
c)	Grenzen aus dem Schuldgrundsatz .....	183
2.	Konkretisierung der verfassungsrechtlichen Grenzen durch die Strafrechtswissenschaft .....	184

B.	Landesimmanente Kritik am strafrechtlichen Schutz von Subventionen .....	185
1.	Erfassung der Subventionskriminalität durch zwei unabhängige Tatbestände mit verschiedenen Rechtsgütern .....	185
2.	Systematische Einordnung des § 153b öStGB .....	186
3.	Reichweite der Normen .....	187

*Vierter Teil*

**England und Wales**

I.	<b>Reichweite des strafrechtlichen Schutzes nicht wirtschaftsfördernder EU-Subventionen</b> .....	190
A.	Schutz durch den Tatbestand des Betrugs nach s. 1 (1), (2) (a) i.V.m. s. 2 FA 2006 .....	191
1.	Einbeziehung nicht wirtschaftsfördernder EU-Subventionen in den Schutzbereich der Norm .....	192
2.	Reichweite der objektiven Tatseite .....	192
a)	Ausgestaltung als Verhaltensdelikt .....	192
b)	Verwirklichung durch Unterlassen .....	194
c)	Zwischenergebnis .....	195
3.	Die subjektive Tatseite .....	195
a)	Ausdehnung auf rücksichtslose (reckless) Verhaltensweisen .....	196
aa)	Der Begriff des sicheren Wissens (knowledge) .....	197
bb)	Der Begriff der Rücksichtslosigkeit (recklessness) .....	199
(1)	Cunnigham recklessness .....	199
(2)	Caldwell/Lawrence recklessness .....	200
(3)	Zur Entscheidung <i>R v G and another</i> .....	203
cc)	Abgrenzung der Begriffe knowledge und recklessness .....	206
dd)	S. 2 (2) (b) FA 2006 als Umschreibung rücksichtslosen Verhaltens .....	207
ee)	Maßgaben an das Vorliegen von s. 2 (2) (b) FA 2006 .....	208
b)	Merkmal des Vorsatzes (intention) i.S.d. s. 2 (1) (b) FA 2006 .....	209
c)	Merkmal der Unehrllichkeit (dishonesty) .....	210
aa)	Merkmal der Unehrllichkeit im Betrugsdelikt .....	211
bb)	Bewertungsmaßstab für Unehrllichkeit in der Wirtschaftskriminalität .....	212
cc)	Merkmal der Unehrllichkeit bei Subventionskriminalität .....	212
d)	Zusammenfassung .....	213
3.	Zwischenergebnis .....	213
B.	Schutz durch den Tatbestand des Betrugs nach s. 1 (1), (2) (b) i.V.m. s. 3 FA 2006 .....	214
1.	Einbeziehung nicht wirtschaftsfördernder EU-Subventionen in den Schutzbereich der Norm .....	214
2.	Reichweite der objektiven Tatseite .....	215

a)	S. 1 (1), (2) (b) i.V.m. s. 3 FA 2006 als Umsetzung der Informationspflichtverletzungs- und Zweckentfremdungsvariante .....	215
b)	Ausgestaltung als Verhaltensdelikt .....	216
c)	Zwischenergebnis .....	216
3.	Die subjektive Tatseite .....	216
4.	Zwischenergebnis .....	218
C.	Schutz durch den Tatbestand des Betrugs nach s. 1 (1), (2) (c) i.V.m. s. 4 FA 2006 .....	218
1.	Einbeziehung nicht wirtschaftsfördernder EU-Subventionen in den Schutzbereich der Norm .....	219
2.	Zwischenergebnis .....	222
D.	Schutz durch den Diebstahlstatbestand (s. 1 TA 1968) .....	222
1.	Einbeziehung nicht wirtschaftsfördernder EU-Subventionen in den Schutzbereich der Norm .....	222
2.	Reichweite der objektiven Tatseite .....	223
a)	Diebstahl als Kriminalisierung der Antragsfälschungsvariante ....	223
b)	Diebstahl als Kriminalisierung der Zweckentfremdungsvariante ...	226
c)	Diebstahl als Kriminalisierung der Informationspflichtverletzungsvariante .....	227
3.	Die subjektive Tatseite .....	227
4.	Zwischenergebnis .....	228
E.	Schutz durch Sondernormen (s. 7 (3) Agriculture Act 1957) .....	229
F.	Schutz durch den common law-Tatbestand “conspiracy to defraud” .....	230
G.	Sonstige Normen zum Schutz von EU-Subventionen .....	231
H.	Zwischenergebnis .....	233
<b>II.</b>	<b>Legitimation des strafrechtlichen Schutzes</b> .....	<b>234</b>
A.	Materielle Grenzen des Strafrechts .....	234
1.	Grenzen aus dem Gesetzlichkeitsprinzip (rule of law) .....	234
2.	Grenzen aus dem Verhältnismäßigkeitsprinzip .....	236
a)	Durch Strafnormen beeinträchtigte Rechte .....	236
b)	Maßgaben des Verhältnismäßigkeitsprinzips .....	237
3.	Grenzen aus dem harm principle .....	238
a)	Begriff des harm .....	238
b)	Erfordernis eines unrechten Verhaltens (wrong) .....	240
c)	Spezifizierung des wrong als public wrong .....	240
d)	Kritik am harm principle und alternative Begrenzungsmodelle ....	241
4.	Grenzen aus dem Erfordernis von Verschulden (culpability) .....	243
5.	Grenzen aus dem Subsidiaritätsprinzip (principle of subsidiarity) .....	244
B.	Landesimmanente Kritik am strafrechtlichen Schutz von Subventionen .....	245
1.	Kritik an der Reichweite der objektiven Tatseite des allgemeinen Betrugstatbestands .....	246
a)	Verzicht auf Erfolgserfordernis .....	246
b)	Formulierung der kriminalisierten Verhaltensweisen .....	247



2.	Kritik an der subjektiven Reichweite des allgemeinen Betrugs- tatbestands .....	248
a)	Umschreibung der recklessness in s. 2 (3) FA 2006 .....	248
b)	Einführung eines strict liability-Elements in s. 3 FA 2006 .....	251
c)	Merkmal der dishonesty .....	254
aa)	Beurteilungsspielraum für die Jury .....	254
bb)	Bezugspunkt im FA 2006 .....	256
3.	Reichweite von objektiver sowie subjektiver Tatseite .....	257
4.	Aufrechterhaltung der conspiracy to defraud .....	258
5.	Zusammenfassung .....	260

*Fünfter Teil*

**Rechtsvergleich und Schlussbewertung des § 264 Abs. 1, 4 dStGB**

<b>I.</b>	<b>Vorgehen bei der Umsetzung der Vorgaben des Übereinkommens .....</b>	<b>261</b>
<b>II.</b>	<b>Reichweite des strafrechtlichen Schutzes nicht wirtschaftsfördernder EU-Subventionen .....</b>	<b>262</b>
<b>III.</b>	<b>Legitimation des strafrechtlichen Schutzes .....</b>	<b>269</b>
A.	Materielle Grenzen des Strafrechts .....	269
B.	Kritik an der Reichweite der Bestrafung der Subventionskriminalität .....	271
<b>IV.</b>	<b>Schlussbewertung des § 264 Abs. 1, 4 dStGB .....</b>	<b>274</b>
A.	Ausgangspunkt – Das Handlungsunrecht des § 264 Abs. 1, 4 dStGB als alleiniger Träger des Rechtfertigungsdrucks .....	274
B.	Ansätze zur Rechtfertigung des Verzichts auf das Erfordernis tatbestandlicher Folgen .....	276
C.	Rechtfertigung der Erweiterung auf leichtfertige Begehungshandlungen .....	283
D.	Legitimität der Kombination aus Verzicht auf einen tatbestandlichen Erfolg und Einführung der Leichtfertigkeitsbestrafung .....	287
E.	Legitimation der Erstreckung des Tatbestands auf nicht wirtschafts- fördernde EU-Subventionen .....	288
<b>V.</b>	<b>Ausblick .....</b>	<b>291</b>
	<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>293</b>